

1989 – ein außenpolitisches Jahr Mitterrands

Von Ernst Weisenfeld*

» Dieser Kommentar des ehemaligen Chefredakteurs von *Dokumente* Ernst Weisenfeld beschreibt kurz vor dem Fall der Mauer, was der damalige französische Staatspräsident Mitterrand außenpolitisch anstrebte. Ein publizistischer Blick in die Zukunft, der dann durch die Ereignisse eingeholt wurde. Und zugleich ein kluger Einblick in das strategische Denken und die Position Mitterrands, die auch für dessen Umgang mit der deutschen Wiedervereinigung wesentlich war. Der Beitrag erschien 1988 in *Dokumente*.

Das Jahr 1989 wird ein außenpolitisches Jahr für François Mitterrand sein, ja vielleicht sogar für die europäische Politik ein „Jahr Mitterrands“. Es bietet sich an. Er selbst bereitet sich offensichtlich darauf vor. Er kann wahrscheinlich Erfolge auf außenpolitischem Gebiet auch innerpolitisch gut gebrauchen. Es bietet sich an: Während der zweiten Hälfte des Jahres nimmt Frankreich die Aufgaben der EG-Präsidentschaft wahr. Im ersten Halbjahr liegt die Präsidentschaft bei Spanien. Zwischen Mitterrand und González sind längst Überlegungen ausgetauscht worden, wie man zu gemeinsamen Zielen im Rahmen der Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts bis 1993 vorgehen könne. Wenn Mitterrand am 1. Juli 1989 die Präsidentschaft übernimmt, beginnt er die zweite Halbzeit einer gemeinsamen Strategie.

Wie sehr ihm so etwas liegt und wie er sich einsetzen kann, hat man vor einigen Jahren im Vorfeld zum europäischen Gipfel von Fontainebleau gesehen, der die großen und lähmenden europäischen Streitfälle vieler Jahre beendete. Diesmal würde er vorab soziale, monetäre und audiovisuelle Fragen zu klären suchen. Am 14. Juli 1989

empfängt Mitterrand außerdem in Paris die Gipfelkonferenz der sieben wichtigsten Industriestaaten vor dem Hintergrund der Zweihundertjahrfeier des Sturms auf die Bastille. Daß er sich hieraus eine Rolle als Sprecher oder als Mahner der Industriestaaten für die Notwendigkeiten der Dritten Welt schneiden wird, kann man leicht voraussagen. Aber auch seine alten Gedanken zur gemeinsamen Überwindung der Arbeitslosigkeit durch eine sinnvolle Gestaltung der „dritten industriellen Revolution“ und einer zumindest europäischen gemeinsamen Technologiepolitik werden dann noch einmal eine weltweite Plattform finden. Er wird wahrscheinlich vorher schon Michail Gorbatschow in Paris empfangen haben und das Gespräch fortsetzen können, das er Ende November 1988 mit ihm in Moskau begann. Diese Begegnungen sind umrahmt von einem lebhaften Besucheraustausch auf hoher und höchster Ebene mit anderen Ostblockstaaten.

Beim Gespräch mit dem Kreml werden die Fragen der konventionellen Abrüstung eine wichtige Rolle spielen. Manches deutet darauf hin, daß Mitterrand heute schon die Elemente für ein original-französisches Konzept in diesen Fragen auf-

* Ernst Weisenfeld war über den Zeitraum von mehr als einem halben Jahrhundert publizistischer Zeitzeuge der deutsch französischen Beziehungen. Als Korrespondent für Radio und TV wurde er bereits 1951 nach Paris entsandt, prägte von Beginn der achtziger Jahre bis 1993 als Chefredakteur die Zeitschrift *Dokumente* und schrieb bis zu seinem Tod 2009 regelmäßig für eine Reihe großer deutscher Medien.

baut – in möglichst enger Anlehnung an deutsche Positionen, aber auch mit Möglichkeiten der Vermittlung für eine gemeinsame Strategie des Westens, die ihn zu einer Art Wortführer der kontinentalen (west-)europäischen Interessen machen könnten. Die ersten Elemente dieser Art sind in Reden aufgetaucht, die er im September und Oktober vor der UNO und in Paris vor einem hohen Gremium der Landesverteidigung hielt. Zwei dieser Elemente waren schon im April 1988 in einer Rede in Lyon während des Präsidentschaftswahlkampfes enthalten. (...)

Drei Elemente einer französischen Abrüstungspolitik

Mitterrand machte in seiner UNO-Rede ein Zugeständnis gegenüber der bisher von Frankreich verteidigten Position, die auf wenig Verständnis in Bonn gestoßen war: Er erklärte sich bereit, auf die Herstellung französischer chemischer Waffen zu verzichten, sobald das Verbot von den Staaten, die sich bisher schon – aber ohne Kontrollen – für die Ächtung der Chemiewaffen ausgesprochen hatten, unterzeichnet sei. Er will also nicht erst die Ratifizierung abwarten. Bisher galt auch für Chemiewaffen der Grundsatz: Solange andere Länder bestimmte Waffen besitzen, nimmt sich Frankreich grundsätzlich auch das Recht, diese Waffen herzustellen. – Eine internationale Konferenz Anfang Januar 1989 in Paris soll die Ziele des neuen Abkommens umreißen und dann die endgültige Ausarbeitung der Genfer Abrüstungskonferenz überlassen.

Das zweite neue Element in Mitterrands Abrüstungsstrategie ist die starke Betonung, daß vor allem die Gebiete und Länder, in denen heute die meisten konventionellen Waffen gegenseitig in Stellung gebracht seien, am stärksten die Abrüs-

tung spüren müßten. Dabei nannte er die Grenze zwischen den beiden Deutschland und die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei. Er sprach von „Zonen“, in denen besonders viel Waffen massiert seien und folglich auch besonders viele entfernt werden müßten. Nun ist Frankreich sicher nicht ein Befürworter „verdünnter kontrollierter Zonen“ im Sinne von Gebieten mit besonderem Status geworden. Die Sorge vor einer solchen Entwicklung hat Frankreich ja immer zum Gegner der jahrelangen, erfolglosen Wiener MBFR-Konferenz (mutual balanced forces reduction) gemacht. Trotzdem lassen diese Formulierungen, die Mitterrand zweimal gebrauchte, aufhorchen. Sie entfernen sich nicht weit von den Überlegungen, die in den NATO-Gremien angestellt werden, aber doch weit genug, um den Eindruck zu erwecken, daß Frankreich der Abrüstungsdiskussion in der Bundesrepublik Beachtung schenkt.

Ein drittes Element deutet auf den Grundsatz Verständnis für Verständnis: Wenn Frankreich für eine gewisse Allergie der Deutschen gegen die Massierung von Waffen aller Art in ihrem Land Verständnis zeigt, dann erwartet Mitterrand – wie auch im Falle der Aufstellung der Pershing-Raketen, für die er sich im Januar 1983 vor dem Bundestag einsetzte –, daß sie sich realistisch genug zeigen, wenn Abrüstungsverhandlungen ohne Ergebnis verlaufen und vom Westen die Modernisierung des eigenen Waffenarsenals gefordert wird. Frankreich ist dann vor allem daran interessiert, seine nuklearen Waffen, auch die der kürzesten Reichweite, auf dem neuesten Stand zu halten; es hält die nukleare Komponente noch lange Zeit für unverzichtbar.

Ein viertes Element der französischen Abrüstungspolitik, das die französische Diplomatie

schon lange vorgetragen hat, findet auch die besondere Zustimmung Mitterrands: Man hatte sich lange dem Gedanken widersetzt, die neue Wiener Abrüstungskonferenz nur unter den 23 Mitgliedern von NATO und Warschauer Pakt stattfinden zu lassen. Paris wollte einer Konferenz unter den 35 Staaten den Vorzug geben, die die Schlußakte von Helsinki unterschrieben. Schließlich kam es zu einem Kompromiß: die 23 verhandeln, berichten aber immer wieder im Kreis der 35, die so eine Mitverantwortung behalten. Auf dieses Element, das ja auch ein gesamteuropäisches Element ist, legt Mitterrand großen Wert. Obwohl dies noch keine fest konzipierte Verhandlungsposition ist, wird es klar, daß Frankreich eine eigene und aktive Rolle spielen will. Die Zeitumstände sind günstig: Bevor die neue US-Administration in diesen Fragen ihre Positionen festgelegt hat, kann sich Paris leichter Gehör verschaffen.

Zusammenhang zwischen Europa- und Innenpolitik

Dies gilt auch für die Probleme der Innenpolitik, die neue Lösungen verlangen. Seine Regierung hat keine Parlamentsmehrheit und daher kann der Staatspräsident in Gefahr kommen, wie 1986/88 zwischen der „Cohabitation“ mit einer ihm konträren Regierung und dem Rücktritt wählen zu müssen. Bis jetzt lebt die Regierung Rocard von der gelegentlichen Unterstützung oder Stimmenthaltung entweder der Kommunisten oder der Gruppe von etwa vierzig liberalen Abgeordneten der Mitte, die innerhalb der Parteien-Konföderation der UDF (*Union pour la Démocratie Française*) mehr und mehr eine Sonderrolle spielen. Die Gemeindewahlen vom März 1989 können da neue Verhältnisse schaffen. Für diese Wahlen brauchen die Kommunisten an vielen Orten die Unterstützung durch die Sozialistische Partei, genauer: beide können sich gegenseitig Hilfestellung leisten. Das erklärt die relative Milde der KPF im parlamentarischen Umgang mit der sozialistischen Regierung. In der sozialen Auseinandersetzung suchen die Kommunisten schon längst ver-

lorenes Terrain wiederzugewinnen. Sie werden nach den Gemeindewahlen auch politisch ihre Forderungen für die Unterstützung oder Duldung der Regierungspolitik erhöhen. Die „Ouvertüre“ zur Mitte wird damit für Mitterrand immer dringender so schwer sie auch einem großen Teil des Parteivolks der Sozialisten fällt. Um diese „Ouvertüre“ zu einem tragfähigen Bündnis zu machen, ist eine gemeinsame außenpolitische Plattform von vielleicht entscheidender Bedeutung, jedenfalls sind die außenpolitischen, vor allem die europäischen Grundlagen eines solchen Bündnisses zwischen François Mitterrand, Raymond Barre und Pierre Mehaignerie am leichtesten zu finden. Auch das muß Mitterrand zu einer aktiven, klar profilierten, auf die europäische Rolle Frankreichs zugeschnittenen Außenpolitik drängen. Mit ihr kann er umso leichter die Probleme und die Möglichkeiten nutzen, die ihm innerpolitisch die Wahlen zum Europa-Parlament im Frühsommer 1989 bieten – einer der seltenen Wahlvorgänge nachdem Mehrheitswahlssystem in Frankreich, das die alten Bündniszwänge lockert oder aufhebt.

Wenn das Jahr 1989 das Gedenkjahr an die vor 200 Jahren begonnene Revolution sein wird, kündigen sich für 1990 Kundgebungen zum hundertsten Geburtstag von General de Gaulle an. Er hat vor allem die außenpolitische Rolle Frankreichs definiert. Man sagt oft leicht, Mitterrand trete in die Fußstapfen de Gaulles und meint, er fülle seinen Platz in der Verfassung im gaullistischen Sinne aus und halte sich auch an den Konsens über die außenpolitische Rolle Frankreichs. In Wirklichkeit hat sich in der Europapolitik längst ein neuer Konsens herausgebildet, und in Verteidigungsfragen deuten sich neue Entwicklungen an. Sie werden – selbstverständlich ohne Rückkehr Frankreichs in die militärische Integration der NATO – eine Art Kompromiß zwischen den Vorstellungen der Vierten und der Fünften Republik darstellen. Dessen innenpolitischer Ausdruck würde auch ein Bündnis zwischen den Sozialisten und der parlamentarischen Mitte in außenpolitischen Fragen sein – wie zur Zeit der Vierten Republik.